

Macron auf Tournee gegen Nationalisten und Pessimisten

Frankreichs Präsident bereist eine Woche die Schlachtfelder des ersten Weltkriegs in Ost- und Nordfrankreich um seinen EU-Wahlkampf gegen Nationalisten und Populisten zu befeuern. Er zieht dabei Parallelen zur Zwischenkriegszeit, pocht auf den Lehren aus Versailles und räumt Angela Merkel und Deutschland eine hervorragende Rolle ein. Den Abschluss bildet ein Treffen in Paris mit 60 Staats- und Regierungschefs, darunter Putin und Trump, bei dem Macron für einen erneuerten Multilateralismus plädieren wird. Bei seiner Tournee in Frankreichs Krisengebieten wird der innenpolitisch geschwächte Präsident sich aber auf eine zum Teil zornige und pessimistische Bevölkerung stoßen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Es ist ein Mischmasch aus Geschichte und Gegenwart, aus innenpolitischer Besänftigung und weltpolitischem Auftrumpfen, aus EU-Wahlkampf und franko-deutscher Vermählung, die Emmanuel Macron diese Woche, aus Anlass der Beendigung des ersten Weltkriegs vor genau 100 Jahren, bietet.

Nachdem der französische Staatspräsident am Sonntag-Abend an der Seite seines deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier dem Konzert der Freundschaft im Straßburger Münster beiwohnte, wird Macron sechs Tage lang Kleinstädte und Schlachtfelder des ersten Weltkriegs in Ost- und Nordfrankreich besuchen. Am Mittwoch ist eine Regierungssitzung in der Ardennen-Bezirkshauptstadt Charleville-Mézières angesetzt. Das erinnert auch ein wenig an das einstige Reisekönigtum, als der jeweilige Regent noch mit seinem gesamten Hofstaat in seine entlegenen Besitzungen zog.

Am Samstag endet diese Provinztour im Beisein von Angela Merkel in Compiègne, nördlich von Paris (wo am 11. November 2018 der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, und wo im Juni 1940 Frankreichs Regierung vor Hitlerdeutschland kapitulierte).

Tags darauf werden anlässlich der Zeremonie beim Pariser Triumphbogen an die 60 Staats- und Regierungschefs erwartet, darunter Donald Trump und Vladimir Putin. Einige dieser Staatsmänner, darunter Bundespräsident Van der Bellen, werden gleich danach ein multilaterales, dreitägiges Friedensforum einleiten. Die Eröffnungsrede hält wiederum Angela Merkel.

Dass sich konservative und rechte Oppositionspolitiker darüber ereiferten, dass am 11. November keine Militärparade zwecks Ehrung der Sieger stattfinden, kam Macron zupass. Wir haben damals den Krieg gewonnen aber den Frieden verloren, weil der Sieg auf die Demütigung des deutschen Partners hinauslief, entgegnete der französische Präsident: Der Vertrag von Versailles hat die kommenden Frustrationen vorbereitet. Man müsse den

Frieden zelebrieren, den die Gründerväter Europas (nach dem zweiten Weltkrieg) ermöglicht haben, weil sie die Lehren aus Versailles gezogen hatten.

Diese Feststellung mündet geradewegs in Macrons Leitmotiv für die EU-Wahlschlacht: die Abwehr der „Lepra der Nationalisten“, die die EU durch eine „Politik der Angst zersplittern und zerstückeln“ wollen. Diesbezüglich gäbe es „frappierende Ähnlichkeiten zur Zwischenkriegszeit“, hämmert Macron.

Gegner von Macron, darunter auch solche die keiner populistischen Bewegung zuzurechnen sind, werfen ihm vor, er würde mit dieser Polarisierung seine eigenen Misserfolge zu überspielen versuchen, und dies würde erst recht Extremisten fördern. Laut Umfragen sind fast 70 Prozent mit Macrons Präsidentschaft unzufrieden, seine Bewegung könnte bei der EU-Wahl von der Partei der Nationalistin Marine Le Pen überholt werden.

Die dieswöchige „Gedenk-Route“ führt auch in Gegenden, die „am meisten unter der „Desindustrialisierung und Globalisierung gelitten haben“ und sich dabei abgehängt fühlen, wie Macron selber betont. Er will mit Besuchen in florierenden Betrieben gegen die pessimistische Stimmung ankämpfen, er muss aber auch örtlich mit Zornausbrüchen rechnen.

Die französische Öffentlichkeit steht zurzeit unter dem Eindruck einer sich anbahnenden außerordentlichen Protestwelle gegen Preiserhöhungen bei Treib- und Heizstoff. Der Dieselpreis ist innerhalb eines Jahres um 20 Prozent gestiegen, Superbenzin um 14 Prozent. Ähnliches gilt für Heizöl. Die Regierung verweist darauf, dass nur 20 Prozent dieser Erhöhungen auf Steuern zurückgehen, und dass diese Abgaben für eine umweltfreundliche Umwandlung des Verkehrs nötig seien.

Aber Millionen Pendler, die in Gebieten leben, in denen kaum öffentliche Verkehrsalternativen vorhanden sind, fürchten um ihr knappes Einkommen. Per Internet wurden bereits gemeinsame Blockaden durch PKWs und LKWs in Ostfrankreich organisiert, für Mitte November ist eine landesweite Verkehrs-Blockade angesagt.

Der Ärger nährt sich auch aus einer Erhöhung der Besteuerung der Pensionisten. Die Staatsführung begründet dies mit einer steuerlichen Umschichtung zugunsten der Förderung von neuen Jobs und der Erhöhung des Einkommens der Arbeitnehmer. So ist die Abschaffung der Arbeitnehmerbeiträge für die Sozialversicherung im Gange. Aber diese Maßnahme wird erst jetzt greifen.

Ähnliches gilt für die Neu-Einstellungen, deren Zahl deutlich gewachsen sind – ein Erfolg, der aber durch die einstweilen anhaltend hohe Arbeitslosenrate von neun Prozent noch überschattet wird. Dabei wuchs zuletzt Frankreichs Wirtschaft doppelt so schnell wie die Euro-Zone. Es kann daher sein, dass der vergleichsweise liberale Wirtschaftskurs von Macron Erfolge zeitigt, die aber nur sehr langsam in breiten Bevölkerungskreisen spürbar werden.